

KURZ UND PRÄGNANT

Informationsfreiheit

Zum 1. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit, Lutz Hasse, erklärte MdL Steffen Dittes: „Das Informationsfreiheitsgesetz ist leider noch nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Thüringer Behörden angekommen.“ Dafür sprächen die relativ geringe Zahl von Anfragen an den Beauftragten und die von ihm geschilderte Unsicherheit im Umgang mit Fragen seitens der auskunftspflichtigen Behörden. Die Koalition werde ihre Verantwortung wahrnehmen, einerseits die Behörden besser zu sensibilisieren und zur Gesetzeslage zu informieren und andererseits die Hürden für die Antragstellenden weiter zu senken. Der Koalitionsvertrag sehe auch die Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes und seine Umwandlung in ein wirkliches Transparenzgesetz vor, das Behörden zum proaktiven Bereitstellen der Informationen verpflichtet.

Die vom Informationsfreiheitsbeauftragten geäußerten Vorschläge zur Erweiterung seiner Kompetenzen seien ebenfalls bereits Inhalt des Koalitionsvertrages und gehörten zum dringenden reformbedürftigen Inhalt des Gesetzes. Der Abgeordnete sagte, er erachte „ein Recht zur Akteneinsicht sowie ein weitergehendes Kontrollrecht bei den Behörden durch den Beauftragten für die Informationsfreiheit für zweckmäßig und sinnvoll“.

NSU-Untersuchungen

Zu Meldungen, wonach den NSU-Untersuchungsausschüssen wichtige SMS der Chemnitzer NSU-Unterstützerszene nicht vorgelegt hätten, erklärt MdL Katharina König, LINKE-Mitglied im neuen Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss: „Die nun skandalisierten SMS lagen dem Untersuchungsausschuss der letzten Legislatur im Thüringer Landtag bereits seit Frühjahr 2012 vor. Sie waren Bestandteil der 24 Ordner des Landeskriminalamtes.“ Ebenso berichteten Stefan Aust und Dirk Laabs in ihrem Buch „Heimatschutz“ detailliert über die SMS.

Skandalös sei daher nicht das vermeintliche Auftauchen erst im Prozess, sondern der Umstand, dass sächsische Neonazis im Prozess in München offen gelogen und versucht hätten, ihre Rolle im Unterstützernetzwerk herunterzuspielen. Der letzte Thüringer Untersuchungsausschuss habe bereits herausgearbeitet, dass die Zielfahndung eine ganze Reihe von vielversprechenden Ermittlungsansätzen nicht nutzte und Hinweisen auf Chemnitz nur ungenügend nachging.

Verantwortung für die Sanierung der Altlasten

Bürgerinitiative Rositz-Schelditz in öffentlicher Petitionsausschusssitzung angehört

Zur dritten Anhörung eines Petenten in öffentlicher Sitzung im Landtag am 23. März – sie kam zustande, weil in der Sechs-Wochen-Frist mehr als 1.500 Bürgerinnen und Bürger die Petition mitgezeichnet hatten – erklärte die Sprecherin der Linksfraktion für Petitionen und Bürgerbeilegung Anja Müller:

Die Bürgerinitiative Rositz-Schelditz hatte sich an den Landtag gewandt, weil sich seit über einem Jahrzehnt die Zustände vor Ort kontinuierlich verschlechtert haben. Immer mehr hochbelastetes Grundwasser drängt nach oben und macht die Gebäude unbewohnbar. Wohneigentum verliert an Wert. Gärten sind nicht mehr nutzbar. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ist akut gefährdet.

Den Ernst der Lage verdeutlicht

Obwohl der Zustand den verantwortlichen Ämtern und Behörden seit langem bekannt ist, scheiterte eine planvolle und grundlegende Lösung bisher an fehlender Wahrnehmung der Verantwortung und einem vernünftigen Miteinander der Beteiligten.

Alle bisherigen Maßnahmen (Abpumpen des kontaminierten Grundwassers seit über 12 Jahren) waren Akutmaßnahmen und nicht in ein solides Gesamtkonzept eingebettet. Die Bürgerin-



itiative Rositz-Schelditz als Petent konnte die Situation in Schelditz, die Chronologie der Ereignisse, vorliegende Gutachten, die Belastung von Boden und Luft, deutlich darstellen und durch Fakten belegen. Unterstützung fand die Bürgerinitiative durch die Landrätin des Landkreises Altenburger Land, Michaela Sojka (LINKE). Sie sieht in der vor Jahren vorgenommenen Übertragung der bodenrechtlichen Verantwortlichkeit an das Landratsamt einen Fehler. Es könne nicht sein, Aufgaben, die weder personell noch finanziell leistbar sind, in dieser Form zu delegieren. Die Landrätin favorisiert eine unverzügliche Rückübertragung der Verantwortung an den Freistaat. Mit der Anhörung hatte die Bürgerinitiative die Problematik erneut in

die Öffentlichkeit gebracht und den Ernst der Lage verdeutlicht. Auch wenn keine Sofortergebnisse zu verzeichnen sind, gibt es Aspekte, die für eine positive Veränderung der Situation im Interesse der Petenten sprechen. So auch die Zusage von Ministerin Anja Siegemund (Grüne), dass die Anregungen der Bürgerinitiative in alle Planungen einbezogen werden.

Linksfraktion schlägt die Bürgerinitiative für den Umweltpreis vor

Dafür spricht zudem die Durchführung regelmäßiger Treffen aller Beteiligten und Betroffenen in einer Planungsgruppe, die im Sommer einen Maßnahmenplan zur Beseitigung der Altlasten vorstellen soll. Damit wird deutlich, dass der Koalitionsvertrag durch das Ministerium schnellstmöglich umgesetzt wird. Begrüßenswert ist auch das Engagement der Ministerin, einen Vertrag über die künftige Finanzierung der Altlastensanierung auf den Weg zu bringen.

Die Abgeordneten der Linksfraktion im Petitionsausschuss möchten aber ausdrücklich der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz danken. Ohne ihre Ausdauer, ihre Expertise und ihr Beharrungsvermögen könnte nunmehr nicht mit verhaltenem Optimismus in die Zukunft geblickt werden. DIE LINKE im Thüringer Landtag wird auf jeden Fall die Bürgerinitiative Rositz-Schelditz für einen durch das Umweltministerium ausgelobten Umweltpreis vorschlagen.

Land zahlt Umzug für altlastengeschädigte Schelditzer

Inzwischen hat das Umweltministerium bekannt gegeben, dass es den betroffenen Einwohnern des Rositzer Ortsteils Schelditz finanzielle Hilfe für einen Umzug in unbelastete Wohnungen zahlen werde. Zunächst würden dafür 40.000 Euro aus Lottogeldern bereitgestellt. Da auf kurze Sicht keine rasche Abhilfe bei dem Umweltproblem zu schaffen sei, solle den Mietern auf diesem Weg eine Verbesserung ihrer Situation ermöglicht werden. In dem besonders stark betroffenen Wohnblock leben noch elf Mietparteien.

Den Geruch kann man „nicht beschreiben“

In Vorbereitung auf die öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags zur Petition der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz war eine Delegation, bestehend aus Abgeordneten des Landtages – von der Linksfraktion Anja Müller, Diana Skibbe, Ute Lukasch und Tilo Kummer sowie die SPD-Abgeordnete Dagmar Becker – vor Ort, um sich ein persönliches Bild der Lage zu machen.

Den Geruch kann man „nicht beschreiben“. Lothar Schumann und Jürgen Dobmaier von der Bürgerinitiative führten die Abgeordneten zu den betroffenen Stellen in Schelditz. So zum Beispiel in den Keller des Eigenheimes von Herrn Dobmaier sowie in den ehemaligen Konsum von Schelditz. Eine weitere Besichtigung, um die Gesamtheit des Problems zu demonstrieren, führte die Abgeordneten, die Landrätin des Altenburger Landes Michaela Sojka (LINKE), den Bürgermeister von Rositz, Steffen Stange, und weitere kommunale Politiker zur „Aschehalde Fichtenhainchen“. Geführt durch einen Vertreter



von der Landesentwicklungsgesellschaft konnten sich die Anwesenden in dem abgesperrten Gebiet ein Bild von den Versäumnissen der letzten Jahre machen. Es müssen Zuständigkeiten und die Finanzierung der Sanierung geordnet und geklärt werden. Die starken Benzol-Gerüche, ob in Schelditz oder auf der Halde, können nicht gesund sein. Die Belastungen müssen in Verantwortung den Bürgern und der Natur gegenüber beseitigt werden.

Jana Lorber